

winden wir doch die elitären Wohnstrukturen vergangener Zeiten.“

Als „ganz moderne Masche“ bezeichnet Verbandssprecher Röher jene zwielichtigen Geschäfte, bei denen alte Mietskasernen zu Eigentumswohnungen erklärt werden: Hauseigentümer kündigen ihren Mietern die Verträge und bieten die einzelnen Wohnungen zum Kauf an.

Die Drift in den Markt der Eigentumswohnungen erfaßt sogar die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, für die der Mietbau bisher zum Geschäftsprinzip zählte. Die Neue Heimat, Wohnungstrust der Gewerkschaften, baute im vergangenen Jahr 20 Prozent weniger Mietwohnungen als 1969; der Anteil der Eigentums-Neubauten am gesamten Geschäftsvolumen wuchs von 30 auf 45 Prozent.

Albert Vietor, Chef der Neuen Heimat, kündigte in diesem Jahr „eine Wende in der Geschichte“ seines Unternehmens an: Der Mietanteil soll bis 1975 auf etwa ein Drittel aller Neubauten reduziert werden. Vietor plant ein Blockeigentum seiner Mieter an einer Siedlung. Die Bewohner sollen mit Kaufmiete und einem etwa zehnjährigen Sparvertrag nach und nach in den Besitz ihrer Räume kommen.

Der Bau-Boß will damit selbst Werk-tätige „mit Einkommen von etwa 1000 Mark“ zu Wohnungseigentümern machen. „Den Gewerkschaften wird immer vorgeworfen“, so Vietor, „sie erhöhten durch ihre Mietbauten ihren Vermögensbestand — das wird sich nun ändern.“ Wohnungsunternehmer Kock meint allerdings: „Vietor hat vor den Mietproblemen kapituliert.“

Immer mehr Bundesbürger indes verspüren den Drang, sich als Wohnungsunternehmer en miniature zu betätigen. Viele der neuen Appartement-Wohnungen werden lediglich als Kapitalanlage erworben: Gleich nach dem Kauf sucht

der Eigentümer sich einen Mieter. Die monatlichen Kreditbelastungen sind dabei kaum höher als die Mieteinnahmen, und die Preise zum Wiederverkauf steigen schwingvoll. Max Schlereth, Geschäftsführer der Münchner Wohnungsbaugesellschaft Deba, schätzt, daß etwa 25 Prozent aller Eigentumswohnungen vermietet werden.

Auf die Möglichkeiten, für Hausbesitz als Kapitalanlage zu sparen, wollen die Bausparkassen auch demnächst in ihrer Werbung hinweisen. Werner Lehmann: „Die Dialektik zwischen Hauseigentum und Mobilität löst sich ja bei der Eigentumswohnung auf.“

In diesem Jahr werden bereits über 20 Prozent aller neuen Wohnungen als Eigentum deklariert. Über den weiteren Rückgang im Mietwohnungsbau, so der Mainzer Unternehmer Koppe, werden „wir schon in wenigen Jahren zu klagen beginnen, wie heute über den fehlenden Umweltschutz“.

## ZEITGESCHICHTE

### Sumpf und Sitte

Als „Sexualsumpf“ galt Hitlers Propagandisten der Klerus. Mit Serien von Sitten-Prozessen versuchten sie Gläubige von der Kirche abzuspalten.

Vor vollbesetztem Gerichtssaal nahm sich der Staatsanwalt den Belastungszeugen vor: „Erkennen Sie den Mann wieder, der sich Ihnen unsittlich genähert hat?“ Der Gefragte sah sich um, betrachtete die Angeklagten und streckte dann die Hand aus: „Der ist es gewesen.“

Der Zeuge wies auf den Vorsitzenden der Dritten Strafkammer des Koblenzer Landgerichts.

Diese Panne ereignete sich im Sommer 1937 auf dem Gipfelpunkt der Sit-

tenprozeß-Serie, die das NS-Regime bereits im Mai des Vorjahres gegen katholische Ordensangehörige und Priester eröffnet hatte. Der Historiker Hans Günter Hockerts berichtet davon in einer „Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf“, die unlängst unter dem Titel „Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37“ als Buch erschien\*.

Es ist die jüngste und bislang gründlichste Untersuchung einer Machtprobe zwischen dem Totalitätsanspruch des NS-Regimes und dem Unabhängigkeitsanspruch der katholischen Kirche, bei der die Regierenden, so Autor Hockerts, durch stümperhaftes Taktieren zwangsläufig „das Gegenteil des erstrebten Zieles“ erreichten: „Nicht eine die Kirche lähmende Vertrauenskrise, sondern eine die Aktionsfähigkeit des Regimes beeinträchtigende innenpolitische Unruhe.“

Blind vor Eifer, die gegen den NS-Staat opponierende Kirche dem Kirchenvolk als „Sexualsumpf“ zu präsentieren, gerieten die Gestapo-Leute an denkbar ungeeignete Zeugen, beispielsweise an die zumeist schwachsinnigen Pfleglinge der Waldbreitbacher Kongregation.

Diese von zwei Handwerkern 1862 im Rheinland gegründete Laiengensenschaft war erst 1923 endgültig vom Papst anerkannt worden. 1936 gehörten 480 Brüder und 60 Novizen dazu, die in fünf Anstalten mit knapp 2000 Betten ihren Pflegedienst taten.

Nun führten speziell die Waldbreitbacher Laienbrüder tatsächlich ein bewegtes Privatleben, wie der Historiker Hockerts jetzt aus vielen Quellen eruierte: „In krassem Widerspruch zu der Satzung waren Zellenbesuche, Alkohol-

\* Hans Günter Hockerts: „Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37“. Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz; 224 Seiten; 35 Mark.



Kirchen-Bekämpfer Goebbels in der Berliner Deutschlandhalle (1937): „Herdenmäßige Unzucht im Klerus“

genuß, Ungehorsam, sogar unzüchtige Redewendungen an der Tagesordnung.“

Denn viele Laien waren nur in die Waldbreitbacher Kongregation geströmt, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Andere hatten homosexuelle Delikte hinter sich. Und in beiden Gruppen waren viele Pfleger, die ihre Schützlinge an Intelligenz kaum übertrafen. Die Ordensoberen aber vertuschten alle Exzesse vor dem Trierer Bischof Bornewasser: Sie bangten um ihre Posten.

Ehe Bischof Bornewasser daher auch nur ahnen konnte, was und wie es die Brüder in Waldbreitbach trieben, war die Gestapo längst informiert. Aus Berlin wurde eigens ein Sonderkommando nach Koblenz in Marsch gesetzt, wo es unter Führung eines Kommissars namens Kanthack zunächst in Waldbreitbach möglichst viele Brüder unzüchtiger Handlungen zu überführen trachtete. Und nicht einmal Bischof Bornewassers Privatwohnung blieb von Durchsuchung verschont.

Der zeitweilig 50köpfige Spähtrupp durchkämmte aber auch die anderen Laienkongregationen im weiteren Umkreis. An Belastungszeugen mangelte es nie: Mit Zigaretten und Schokolade, aber auch durch Drohungen mit dem KZ ließen sich schwachsinnige Anstaltsinsassen leicht davon überzeugen, sie seien von den Laienbrüdern unsittlich traktiert worden.

Dieses Verfahren schlug zu Buch: Schon bald lagen rund 500 Ermittlungsverfahren gegen aktive oder ausgeschiedene Ordensbrüder bei der Staatsanwaltschaft. Die Belastungsprotokolle waren freilich so schludrig geführt, daß viele Fälle schon im Vorverfahren platzten. Aber da es den Staatsanwälten nicht gelang, alle dubiosen Kronzeugen rechtzeitig zu entdecken, gerieten die Ankläger in den Hauptverhandlungen häufig in peinliche Klemmen.

Obleich die NS-Propaganda stets mit „Tausenden von Verfahren gegen Priester und Mönche“ operierte, wurden tatsächlich nur rund 250 Sitten-Prozesse gegen Brüder, Patres oder Priester geführt, die meisten in den Jahren 1936 und 1937 von den Landgerichten Koblenz und Bonn.

Um die Kirche dennoch als „Brutstätte des Lasters“ abstempeln zu können, wurden die Prozesse zu Serien verknüpft und jeweils mit einem spektakulären Fall eröffnet. So begann in Koblenz im Mai 1936 eine 35tägige Prozeß-Folge mit dem Verfahren gegen einen Franziskaner-Pater namens Leovigild.

Dieser homosexuelle Geistliche war lange Jahre Beichtvater in Waldbreitbach gewesen und hatte, wie Bischof Bornewasser zu spät nach Rom meldete, auf Aspiranten und Novizen „einen verheerenden Einfluß“ ausgeübt. Kirchliche Nachforschungen hatten er-

geben, „daß 22 Brüder durch Leovigild verleitet“ worden waren.

Daß Leovigild zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, akzeptierte die Kirche daher ohne weiteres. Es war die härteste Strafe, die in den Sitten-Prozessen verhängt wurde. Die anderen Strafen hielten sich in dem damals üblichen Rahmen zwischen einem Jahr und zwei Jahren Gefängnis.

Der Reichspropaganda-Minister Joseph Goebbels suchte indessen den Mangel an geistlichen Sittenfrevlern vom Kaliber Leovigilds auf seine Art wettzumachen:

Sämtliche Zeitungen im Reich (täglich etwa 14 Millionen Exemplare) mußten über die Prozesse berichten. Aufmachung, Überschrift und Tendenz der Artikel wurden auf den täglichen Pressekonferenzen im Propaganda-Ministerium bis ins Detail vorgeschrieben.

Mit der Sprachregelung dieser Aktion beauftragte Goebbels den Ministerialdi-



Trierer Bischof Bornewasser Gestapo in der Wohnung

rektor Berndt, der täglich neue Schmah-Sentenzen auszubrüten hatte. Berndts jeweilige Einfälle wurden von allen Zeitungen pflichtgemäß gedruckt — jeweils mit dem obligaten Zusatz, derartige „Schweinereien“ seien typisch für die katholische Kirche. Beispiele:

- ▷ Die Sakristei sei generell „zum Bordell“ geworden.
- ▷ Klöster seien „wahre Brutstätten der Homosexualität“.
- ▷ Die Kirche kämpfe nur für die Konfessionsschule, weil „das Treiben der Ordensbrüder auf den katholischen Toiletten nicht so beobachtet werden könne“.

Der „Völkische Beobachter“ brillierte darüber hinaus noch mit exklusiven Formulierungen dieser Art: „Wieder einmal treibt entnervt, verdorben, haltlos in den Trieben die klösterliche Ju-

gend in den Sumpf der ihr als Erzieher und Vorbild vorgesetzten Erwachsenen.“

Den Nachschub für die Schimpfkanonade lieferte die Justiz. Alle einschlägigen Akten mußten dem Propaganda-Ministerium zur beliebigen Ausschlichtung überlassen werden.

Den Höhepunkt des Kirchenkampfes gedachte Goebbels durch seinen persönlichen Auftritt zu markieren: Am 28. Mai 1937 sprach er in der vollgetrommelten Berliner Deutschlandhalle und ließ seine Rede über alle Reichssender übertragen.

Nach bewährtem Muster hub er verhalten an: Die Reichsregierung habe „eigentlich“ zu diesen betrüblichen Vorfällen schweigen wollen, doch katholische Impertinenz habe diesen Vorsatz zunichte gemacht. Akribisch schilderte Goebbels sodann einen allgemeinen Sittenverfall im Klerus, „wie er in diesem erschreckenden und empörenden Ausmaß kaum noch einmal in der gesamten Kulturgeschichte der Menschheit festzustellen“ sei: „Tausende von Geistlichen und Ordensbrüdern“ und „Tausende von kirchlichen Sexualverbrechern“ betrieben „planmäßige sittliche Vernichtung Tausender von Kindern und Kranken“. Im Klerus grasiere „herdenmäßige Unzucht“.

Doch der Katholik Goebbels, den nach eigenem Bekunden darob „heiliger Zorn“ sowie „maßlose Wut“ zu übermannen drohte, mußte bald erkennen, daß sein Grimm ebenso ohnmächtig blieb wie sein Propaganda-Wirbel: Das Kirchenvolk wandte sich keineswegs von seinen Hirten ab. Nie waren die Gotteshäuser voller und die Prozessionen länger gewesen.

In Hirtenbriefen und Denkschriften wehrten sich die Bischöfe gegen die staatlich gelenkten Verleumdungen. Der Berliner Bischof Preysing wies in einer Statistik nach, daß die NS-Zahlenangaben maßlos übertrieben waren. Während der ganzen Sittenkampagne wurden nur 150 Laienbrüder und 45 Priester verurteilt.

Von ungezählten Kanzeln herab warnten Geistliche vor der Zeitungsliteratur. Da sie wohlweislich ohne Manuskript predigten, sind ihre Kernsprüche hauptsächlich durch Spitzelberichte überliefert. So erklärte der Franziskaner-Pater Megl im Juni 1937 vor versammelter Gemeinde in München: „Die Jugend wird heute angelogen, daß sich die Balken biegen, und sogar der Vater hat darüber hinwegzusehen, wie die Jugend schmutziges Wasser trinken muß.“

Doch mehr als die Hirten durchkreuzte Hitler den Kirchenkriegs-Plan des Ministers Goebbels: Wenn die Propaganda-Walze gerade optimal rotierte, bremste der Führer.

Am 7. März 1936 ließ er die Wehrmacht ins Rheinland einrücken und wollte dabei nicht von Kirchengenzänk gestört werden. Prozesse und Propa-

ganda blieben gestoppt, denn am 29. März benötigte er für eine Volksabstimmung auch die Gunst der Katholiken.

Ende April — 98,8 Prozent der Deutschen hatten für Hitler votiert — wurde weiter prozessiert und entsprechend berichtet. Im August war wieder Schluß, weil die ausländischen Gäste der Berliner Olympischen Spiele nicht schockiert werden sollten. Dem Sportfest folgte der Nürnberger „Parteitag der Ehre“, bei dem Anti-Kirchenhetze nicht zur Schau der „inneren Einheit“ paßte.

Danach versuchte Hitler, den Münchner Kardinal Faulhaber zu überreden: Die Kirche solle sich loyal hinter die Politik der Reichsregierung stellen, dafür werde er „die Klosterprozesse aus der Welt schaffen“.

Die deutschen Bischöfe zögerten den Handel hinaus. Aber als der Papst im März 1937 überraschend und vor aller Welt das NS-Regime in der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ anprangerte, ließ Hitler die Prozeßwelle wieder anrollen. Sein Ziel: Nur noch „alte Weiblein“ sollten vor den Kanzeln hocken.

Unvermittelt war dann Ende Juli wieder Schluß. Der Reichsjustizminister wurde angewiesen, die Sitten-Prozesse „bis auf weiteres“ auszusetzen. Sie wurden, bis auf vereinzelte Fälle, nie wieder aufgenommen. Die Motive dieses Stopps blieben ungenannt, aber sie liegen nahe. Historiker Hockerts: „Bald darauf absorbierten bekanntlich Kriegsrisiko und Kriegswille Hitlers Interesse.“

## GEWERKSCHAFTEN

### Wieder Tanz

**Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat wie alle anderen Arbeitnehmer-Verbände Schwierigkeiten mit ihrer linken Fraktion.**

Die Empfehlung war deutlich: „Mit der ewigen Politisiererei muß es ein Ende haben. Macht lieber wieder Tanzveranstaltungen.“ So sprach Hans-Jürgen Kutschinski, 44, Hamburger SPD-Bürgerschaftsabgeordneter und Landesverbandsteiter der DAG.

Die Gewerkschaftsjugend, der die Aufforderung galt, fühlt sich in die Defensive gedrängt. Auf dem Bundeskongreß der DAG während dieser Woche in Nürnberg sollen, dazu sind Kutschinski und der größte Teil der anderen Spitzenfunktionäre fest entschlossen, die aufmüpfigen Youngsters und die auf Reformen drängenden betrieblichen Vertrauensleute gebändigt werden.

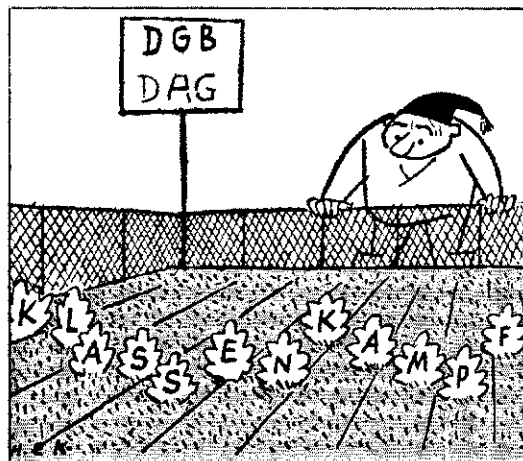
Die Spitzenfunktionäre befürchten, daß die linken Parolen die Mitgliederwerbung beeinträchtigen könnten. Ohnedies versucht DAG-Vorsitzender Hermann Brandt derzeit, in Tarifverträgen Sondervorteile für Organisierte herauszuholen und damit die Zahl der Bei-

tragszahler zu erhöhen (siehe Brandt-Interview Seite 81). Das Programm könnte mißlingen, weil eine Fraktion auf eine Kursänderung drängt, die der eher konservativen Angestelltenmentalität widerspricht.

Wie bei der IG Metall verlangen auch die unteren oder jüngeren Ränge der organisierten Angestellten in diesem Jahr mehr als je in der Nachkriegsgeschichte von der DAG, gesellschaftspolitische Reformen in den Forderungskatalog aufzunehmen.

Da gibt es Anträge, der Verband solle sich die Vergesellschaftung von Grund und Boden, die Neuverteilung des Produktivvermögens und eine Steuerprogression von 70 Prozent ins Programm schreiben.

„Die Linken“, so stöhnte DAG-Funktionär und CDU-Geschäftsführer Horst Enneper aus Radevormwald, „haben die Macht ergriffen.“ Die Funktionäre, die längst ihren Frieden



Ja, was keimt denn da wieder?

Die Zeit

mit dem Status quo gemacht haben, wollen jetzt „am liebsten das Rad um ein Jahrzehnt zurückdrehen“ (Klaus Raab, DAG-Jugend Hamburg).

Noch vor einem Jahrzehnt gaben sich die Jugendorganisationen der Gewerkschaften und Parteien, etwa die der SPD verbundenen Falken, vorzugsweise als Camping-Fahrer, pflegten Brauchtum und sangen zur Laute. „Doch dann kam die Sehnsucht nach Ideologie“, berichtet Philipp von Kodolitsch, „auf Grund von verfehelter Personalpolitik“ (DAG-Jugendprotokoll) vom Angestelltenverband zur IG Chemie konvertierter Jugendsekretär, „aber Sehnsucht allein ist beschissen wie die Love Story.“

Anders als die Jusos, die sich oft auf intellektuelle Attacken gegen das kapitalistische System beschränkten, schritten die aufmuckenden Gewerkschafts-Junioren zur Tat. Sie agitierten in den Betrieben, organisierten Aufstand unter den Lehrlingen und infizierten mit ihren Protesten unzufriedene ältere Arbeitnehmer.

Dabei brachten sie nicht nur die Ruhe in Betrieben, an der neben den Gewerkschaften auch der regierenden SPD gelegen ist, in Gefahr. Sie sägten auch an den Funktionärsesseln der von der Arbeit freigestellten Betriebsräte, die bislang darauf bauen konnten, mit den Stimmen einer schweigenden Mehrheit stets wiedergewählt zu werden.

Nun sind die „älteren Kollegen“, die zunächst das Engagement der Jungen unterstützten, so behauptete DAG-Gewerkschaftsfunktionär Dieter Fee vorletzte Woche, „endlich aufgewacht“. Bei der IG Metall begann das Wecken schon etwas früher.

Auf einer vertraulichen Sitzung im Gästehaus des Hüttenwerks Oberhausen klagten bereits im Juni dieses Jahres zwölf Arbeitsdirektoren aus den großen deutschen Montanbetrieben einander, welch „scheußliche Vorfälle“ (Abteilungsleiter in der IG-Metall-Zentrale Arno Schwarting) die Politisierung in den Betrieben hervorgerufen hätte.

Arbeitsdirektor Friedrich Kübel beschwerte sich darüber, daß linke Vertrauensleute im Hüttenwerk Oberhausen gefordert hatten, die Gewerkschaft solle eine Betriebsvereinbarung durchsetzen, die sicherstellt, daß „personelle Fragen oder betriebliche Veränderungen der Belegschaft mitzuteilen“ sind.

Empört erzählten sich die Herren, daß Vertrauensleute „Geschäftsführer zwingen wollten, Erklärungen zur Produktions-, Verkaufs-, Bau- oder Investitionsplanung abzugeben“.

Nicht einmal vor der eigenen Hierarchie haben die linken Gewerkschaftler, so klagten die Funktionäre, Respekt. Günter Feiler, Arbeitsdirektor bei den Klöckner-Werken AG, berichtete, Betriebsräte würden aus dem Amt gedrängt. Und Arbeitsdirektor Gerhard Hagner von der Rheinstahl Hüttenwerke AG wußte, daß im Schalkerverein Gelsenkirchen sich die Vertrauensleute „als Kontrolleure des Betriebsrates aufspielen“.

In der IG Metall, die bei ihrem Kongreß in der vorletzten Woche die meisten der gesellschaftspolitischen Anträge ihrer Progressiven ablehnen oder abschwächen ließ, soll das Domestizierungs-Programm bald anlaufen. Rudolf Hanke, Referent in Otto Brenners Stabsabteilung (Spitzname: „Dorfpolizist“), markierte den Weg: „Wir werden die Gewerkschaft normalisieren.“

Über die DAG, die ihre Auseinandersetzung mit ihren Linken erst vor sich hat, klagte der ehemalige Funktionär von Kodolitsch: „Das Perverse daran ist, daß diese Kollegen schon alles für links halten, was nur vom Althergebrachten abweicht.“